



# HAUSHALTSREDE DER WEINGARTENER BÜRGERBEWEGUNG 10. Februar 2003

\\....\wbb / WBB-HHrede2003.doc

## **Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Bürgerinnen und Bürger,**

im Frühsommer 2003 wird der Weingartener Gemeinderat vom neugewählten Walzbachtaler Bürgermeister zu einem geselligen Abend eingeladen. Es herrschen milde Temperaturen und leichter Westwind, und daher beschließt man, die kurze Strecke mit dem Fahrrad zurückzulegen. Nach einer Viertelstunde ist man bereits am Ziel, hat gute, interessante Gespräche, und stellt erfreut fest, dass sich auch in kulinarischer Hinsicht der Weg in die Nachbargemeinde gelohnt hat. Die Rückfahrt jedoch will kein Ende nehmen; am Lettenbuckel stellen sich erste Ermüdungserscheinungen ein. Daher beschließen die Ratsmitglieder einstimmig, dass der Westwind während der vergangenen Stunden deutlich an Stärke gewonnen hat.

Die Windgeschwindigkeit ist tatsächlich jedoch konstant geblieben, und es lag auch nicht am „Jöhlinger Hasensprung“, dass die Rückfahrt wesentlich anstrengender als die Hinfahrt erschien. Die Weingartener Ratsmitglieder wurden in unserer frei erfundenen Geschichte Opfer eines physikalischen Phänomens, das sich auf die kurze Formel bringen lässt: Aufgrund der geringeren Vorwärtsgeschwindigkeit bei der Rückfahrt wirkt der negative Einfluss zeitlich länger ein als der vorteilhafte während der Hinfahrt. Somit ist die alte Radfahrerregel „Es geht immer bergauf, und es herrscht immer Gegenwind“ durchaus naturwissenschaftlich begründbar.

Bei Übertragung dieser Beobachtungen auf das wirtschaftliche Geschehen ergeben sich interessante Parallelen. Auch unsere Ökonomie schwebt nicht im luftleeren Raum, sondern ist den Strömungen der Konjunktur ausgeliefert. Gegenwind und Rückenwind wechseln sich zwar ab, doch der negative Effekt scheint immer deutlichere Spuren in den öffentlichen Haushalten zu hinterlassen als der positive. Jeder unserer Finanzminister (und natürlich auch Rechnungsamtsleiter) machte bisher die leidvolle Erfahrung, dass sich auch in besten Zeiten die Rücklagen nicht so schnell aufbauen, wie sie sich in konjunkturell schwachen Phasen verzehren. Der Grund liegt wohl darin, dass die Politik genau das nicht zulässt, was naturwissenschaftlich begründbar getan werden müsste: Wer Ballast abwerfen möchte, um schneller günstige Strömungen erreichen zu können, wird vom Wähler mit dem Machtverlust bestraft. In über 1,2 Billionen € Verschuldung der öffentlichen Haushalte spiegelt sich die Sorge ganzer Politikergenerationen um die Wiederwahl, denn es ist immer einfacher, die Perspektiven der noch nicht geborenen Wähler zu beschneiden als sich im Konflikt mit Interessenvertretern aufzureiben.

Es erscheint geradezu lächerlich, angesichts der schieren Größenordnung der öffentlichen Verschuldung, sich ausgerechnet bei uns um eine solide kommunale Finanzpolitik bemühen zu wollen. Wie auf reguläre Weise ein Schuldenstand von über 1.200 Milliarden €, der sich in wirtschaftlich eher günstigen Zeiten aufgetürmt hat, jemals zurückgeführt werden soll, konnte uns bisher kein Wirtschafts- und kein Politikfachmann erklären. Doch in haushaltspolitischer Hinsicht die Zügel schleifen zu lassen wäre die beginnende Kapitulation der Politik vor der



Realität. Von dieser Geisteshaltung trennt uns noch einiges. Wir betrachten es nach wie vor als reizvolle und anspruchsvolle Aufgabe, die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auch langfristig mit der Finanzkraft ihrer Gemeinde in Einklang zu bringen.

Überraschend und pikant dabei ist, wie sehr Kapitän Scholz und unsere Fraktion in der Einschätzung der Leistungsreserven der MS „Weingarten“ übereinstimmen. Nicht umsonst haben er und wir in der Sitzung vom 18. November vergangenen Jahres um Zustimmung zu einer Berechnung der Einsparmöglichkeiten durch Aufgabe bzw. Reduzierung des Bäderbetriebes. Wurde vor Jahresfrist zwischen uns noch das spannende Finale einer unterhaltsamen Regatta um den Platz auf der Kommandobrücke ausgetragen, so sind heute die Verhältnisse eindeutig: Er ist in der Verantwortung. Wenn er, der seit über 17 Jahren dieses Schiff steuert und es wie kein zweiter kennt, sich Sorgen macht, ob wir uns den Bäderbetrieb in seiner jetzigen Form weiterhin leisten können, dann ist dies für uns ein Warnsignal und keine Gelegenheit zur Profilierung. Auch wenn uns noch manchmal das unbestimmte Gefühl beschleicht, die großangelegte Haushalts- und Vereinsbefragung zur Erarbeitung eines kommunalen Handlungs- und Entwicklungsprogramms könnte eventuell nie etwas anderes als eine wahlbegleitende Streichelmaßnahme gewesen sein, ist für uns klar, dass wir in diesem Gemeinderat nicht gegen Personen oder politische Gruppierungen, sondern gegen einen viel mächtigeren Gegner kämpfen - die Ignoranz. Doch leider hat genau diese in der Novemberversammlung einen grandiosen Sieg errungen.

Schon in der Diskussion um den CDU-Antrag zur Einführung von Doppelhaushalten vor knapp zwei Jahren hatte unsere Fraktion auf das Nachlassen der wirtschaftlichen Auftriebskräfte hingewiesen und daher für eine Beibehaltung der jährlichen Intervalle gestimmt. Wir sind heute froh, dies getan zu haben, denn alle Indikatoren weisen seither nur in eine Richtung – nach unten. Die Erstellung einer Investitionsplanung mit einem Volumen von rund 8 Mio. € erschien bereits Anfang 2002 realitätsfern, und uns wurde klar, dass wir die dringend notwendige Sanierung der Walzbachhalle, die Schaffung von Räumen für kulturelle Zwecke und die Erweiterung von Hallenfläche für den Sport nur bewerkstelligen können, wenn wir an anderer Stelle deutlich einsparen. Bewusst ließen wir in unserem Antrag vom Juli vergangenen Jahres Raum für die Ideen und Konzepte der anderen Ratskollegen, und wir bedauern, dass dieser von keiner anderen Fraktion ausgefüllt worden ist. Spätestens seit der Lektüre des Vorberichts zum Haushaltsplan 2003 wissen wir jedoch, dass wir uns über Investitionen überhaupt keine Gedanken mehr zu machen brauchen. Die Formulierung, dass das in der Entwicklung befindliche Handlungs- und Entwicklungsprogramm zurückhaltend zu behandeln sei, bringt dies mit ausreichender Deutlichkeit zum Ausdruck. Es darf für uns kein Dauerzustand werden, dass wir aus dem Verkaufserlös unserer Bauplätze die Kosten des laufenden Betriebes unserer kommunalen Einrichtungen bezahlen. Die für die kommenden Jahre eingeplante Neuverschuldung darf in diesem Umfang nicht Realität werden. Wir werden den in den kommenden Jahren zu erwartenden Substanzverlust zu begrenzen versuchen und vor weiteren Investitionen die bis dahin auf das gesetzliche Minimum zusammengeschmolzene Rücklage wieder aufstocken müssen. Die Hoffnung auf eine dringend notwendige Verbesserung der kommunalen Finanzen haben wir angesichts des aktuellen Anschauungsunterrichtes in Sachen „Reformkommissionen“ jedenfalls erst mal begraben.



Trotzdem reicht es nicht, bei der Frage nach den Gründen unserer aktuellen Haushaltsmise-re nach Berlin, auf die Weltkonjunktur oder auf andere, in einer noch schlechteren Situation befindlichen Kommunen zu verweisen. Auch hierzulande sind bei dem Versuch, eine viel-leicht etwas angestaubte, dafür aber charmante und reizvolle Umlandgemeinde auf das Ni-veau eines Mittelzentrums katapultieren zu wollen, gravierende Fehler gemacht worden. Die großteils leerstehende Rathausplatzbebauung steht als in Beton gegossenes Zeugnis für ein Jahrzehnt, in dem unsere Gemeinde einem irrationalen städtebaulichen Körperkult verfallen war. Profitiert daran haben allein die Lifestyleberater in ihren anthrazitfarbenen Anzügen und Designerbrillen, die in diesem Hause ein- und ausgingen und die für ihre intellektuellen Lei-stungen üppige Honorare einstrichen. Bezahlt wurde und wird der Spaß von der Allgemein-heit – in Form von öffentlichen Fördergeldern, Zinszahlungen oder Kreditausfällen, die letzt-lich auch wieder auf die Gesamtheit der Zahlungsfähigen verteilt werden. Sparen war nicht angesagt, denn das Finanzierungsinstrument der Veräußerungserlöse schien unerschöpf-lich. Heute zeigt sich, dass es nicht nur aufgrund der Endlichkeit der verfügbaren Fläche an seine Grenze stößt. Auch der Markt scheint das Angebot an baureifer Fläche zu den aktuel-len preislichen Bedingungen nicht aufnehmen zu wollen. Dies gilt für die Gewerbegebiete westlich der Bahn ebenso wie für die Baugebiete „Südlich der Ringstraße“ und „Inneres Au-feld“. Deren Attraktivität wird zusätzlich noch durch die Frage gemindert, ob dereinst eine Bundesstraße an den Wohnzimmerfenstern der Kaufinteressenten vorbeiführen wird oder nicht. Die offizielle Abkehr von den derzeitigen Planungen, die sich in den Köpfen ja bereits zu vollziehen beginnt, würde der Vermarktung gemeindeeigener Baugrundstücke zweifellos einen kräftigen Impuls verleihen.

Die Einschränkung unserer Gestaltungsmöglichkeiten durch die Finanznot der Kommunen bedeutet nicht, dass es nun für Verwaltung und Gemeinderat weniger zu tun gäbe – im Ge-genteil. Auf unserer Agenda sind einige wichtige Punkte vermerkt, von deren Verwirklichung unsere Zustimmung zu den zukünftigen Haushaltsplänen abhängen wird. Ganz konkret er-warten wir in den nächsten Monaten

- 1) einen verantwortungsvollen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates über die Zu-kunft des Bäderbetriebes auf der Grundlage einer detaillierten Kalkulation sämtlicher Realisierungs- und Folgekosten
- 2) eine öffentliche Diskussion im Gemeinderat über die weitere Entwicklung des Bauge-bietes „Kirchberg-Mittelweg“ nach Abschluss der zur Zeit in Arbeit befindlichen Lärm-, Boden- und Rechtsgutachten
- 3) eine öffentliche Beratung über die künftige Vermarktungsstrategie der westlich der Bahn gelegenen Gewerbegebiete
- 4) eine Ausrichtung der Tätigkeitsschwerpunkte des Bauhofes auf Maßnahmen der In-standhaltung unserer kommunalen Einrichtungen und auf die Pflege unserer Gemar-kung unter Berücksichtigung der im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt enthalte-nen Anregungen und Vorschläge



- 5) eine sorgfältige Qualitätskontrolle der in den vergangenen Monaten durchgeführten Baumaßnahmen und eine Geltendmachung etwaiger Gewährleistungsansprüche gegenüber den ausführenden Firmen
- 6) die Durchführung eines Flurneureordnungsverfahrens in unseren Reblagen auf Grundlage der von der WBB- und FDP-Fraktion gestellten Anträge
- 7) die Vorlage eines Verwaltungsentwurfes zur Aufforstung von Ersatzflächen für die Baggerseeerweiterung
- 8) ein Nachdenken über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Wohnqualität in unserem Ortsteil „Waldbrücke“
- 9) eine Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung der durch den Rückgang der Kinderzahlen freiwerdenden Raum- und Personalkapazitäten in unseren Kindergärten

Es gibt also einiges zu tun. Ein großer Teil unserer vorgestellten Arbeitsliste erklärt sich mühelos von selbst oder begleitet dieses Gremium und die Verwaltung seit langen Jahren. Andere Punkte bedürfen einer kurzen Erläuterung. Diese möchte ich Ihnen nun unter Einhaltung der obigen Reihenfolge geben.

**Kirchberg-Mittelweg:** Seit dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zur Durchführung einer öffentlich-rechtlichen Umlegung des Baugebietes haben sich wesentliche Voraussetzungen geändert. Ging man damals noch von einer Erschließungspflicht der Gemeinde und der Gefahr von Schadenersatzforderungen aus, so hat in dieser Hinsicht die Rechtslage möglicherweise eine Veränderung erfahren. Ebenso ist mittlerweile die Verpflichtung zum Eingriffsausgleich nach dem §8a des Bundesnaturschutzgesetzes offenkundig. Bis zum Oktober 2001 wurde dies stets in Abrede gestellt. Bereits mehrfach haben wir die Verwaltung aufgefordert, den Gemeinderat umfassend über die aktuellen Rahmenbedingungen zu informieren und hoffen, dass dies spätestens nach Abschluss der laufenden Lärm- Baugrund- und Vermessungsgutachten geschehen wird.

**Gewerbegebiete:** Für die Gemeinde besteht die vertragliche Verpflichtung zur Übernahme der nicht veräußerten Gewerbeflächen westlich der Bahnlinie fünf Jahre nach Baureife, also im Jahre 2005. In unserem übernächsten Haushaltsplan werden somit die Finanzierungskosten für rund 30% der Flächen enthalten sein müssen, falls sich nicht bis dahin prosperierende Unternehmen auf den noch freien Grundstücken ansiedeln. Für die WBB sind die unter Hinweis auf einen vordringlichen Bedarf in den Flächennutzungsplan aufgenommenen Gebiete zu schade, um unter dem Druck der aktuellen Finanzmisere vorschnell veräußert zu werden. Wer einen Rechner im Arbeitszimmer oder eine Bügelstation im Hauswirtschaftsraum aufstellen möchte, muss noch lange nicht ins Gewerbegebiet ausweichen – wir möchten dort Arbeitsplätze entstehen sehen. Den Kollegen, die wortgewaltig den Sinn einer Vorratshaltung von Flächen betonen, wird also spätestens in zwei Jahren bewusst werden, dass diese nicht zum Nulltarif zu haben ist. Es bleibt zu



hoffen, dass deren im Grundsatz richtige Aussagen ihre Gültigkeit behalten und dass wir nicht bei den übernächsten Haushaltsberatungen ein „Schleunigst verkaufen!“ zu hören bekommen. Wir jedenfalls bitten die Verwaltung, dem Gemeinderat einen Zwischenbericht über den Stand der Vermarktung, die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze sowie die derzeitige Nachfragesituation zukommen zu lassen.

**Qualitätskontrolle:** Nach Abschluss der Bauarbeiten am Rathausplatz war der Pflasterbelag in der oberen Bahnhofstraße stark beschädigt. Die Verwaltung bat den Technischen Ausschuss um Zustimmung zu einer komplett neuen Pflasterung des Bereichs, wobei nicht einmal eine Wiederverwendung des noch intakten Materials in Frage kam. Heute, kaum zwei Jahre nach Abschluss der Arbeiten, präsentiert sich zwischen Walzbach und Rathausplatz bereits wieder eine Geröllwüste. Dürfen wir so unser Geld verschleudern?

Ohnehin gehört Pflaster in die Hausapotheke, und nicht auf Weingartens Straßen. Wer dies nicht glaubt, schaue sich zum Vergleich die auch nach 6 Jahren noch tadellose asphaltierte Fahrbahndecke der Friedrich-Wilhelm-Straße an. Doch wenn man schon meint, auch von schweren Fahrzeugen benutzte Fahrbahnen mit Pflasterbelag ausstatten zu müssen, muss auf eine sachgemäße Ausführung der Arbeiten besonders geachtet werden.

Dies ist ein Beispiel unter vielen. Zur Vermeidung weiterer Schadensfälle regt die WBB-Fraktion an, einen Arbeitskreis sachverständiger Bürger zur Festlegung von Qualitätssicherungsrichtlinien einzurichten.

**Flurneueordnung:** Ein Verfahren zur Flurneueordnung in den Reblagen „Petersberg“ und „Löwental“ ist überfällig. Ideal wäre es, ein solches in Verbindung mit dem derzeit von der EU aufgelegten Förderprogramm zur Sortenumstellung durchzuführen. Auf diese Weise könnten die Rebflächen einen optimalen Zuschnitt erhalten und gleichzeitig mit zukunfts-trächtigen Sorten bestockt werden. Für Gewerbe- und Industrieförderung hat die Gemeinde in der Vergangenheit sechsstellige Summen bereitgestellt, während Landwirtschaft und Weinbau zunehmend aus dem Blickwinkel geraten. Eine knapp 3000 Hektar große Gemarkung und eine tausendjährige Weinbautradition stellen für eine Gemeinde auch eine Verpflichtung dar. Wir haben zwar ein gewisses Verständnis dafür, dass die Verwaltung aufgrund anstehender anderer Aufgaben erst im nächsten Jahr sich diesem Thema widmen kann. Es sollte jedoch unbedingt sichergestellt werden, dass bestehende Förderprogramme noch ausgeschöpft werden können

**Aufforstungsmaßnahmen für die Baggerseeerweiterung:** Während beim Genehmigungsverfahren für die Erweiterung des Baggersees offenbar große Eile herrschte und die Freigabe zur Abholzung einer Teilfläche bereits als Vorbescheid erteilt wurde, scheint es nun beim Ausgleich des nicht geringfügigen Eingriffs in den Natur- und Forsthaushalt eher gemütlich abzulaufen. Ein Steinbruch wurde gesäubert und ein Bahnwärterhäuschen abgetragen. Ob das reicht? Wir meinen uns an eine Auflage der Forstbehörde erinnern zu können, die Ersatzaufforstungen in der Größenordnung der betroffenen Waldflächen fordert. Gerne würden wir also mit Ihnen, Herr Bürgermeister Scholz, die zur Auf-



forstung vorgesehenen Flächen bei der Waldbegehung des Gemeinderates am 5. Juli in Augenschein nehmen.

**Forum „Waldbrücke“:** Die Entscheidung, dem Landkreis das Asylbewerberheim im Lärchenweg zur Unterbringung von Russischen Spätaussiedlern zur Verfügung zu stellen, hat sich der Gemeinderat nicht leicht gemacht. Davon konnten sich in der Sitzung vom 27. Januar viele Besucher aus der Waldbrücke überzeugen. Nachdenklich stimmt es uns dennoch, dass das, was in der Durlacherstraße problemlos realisiert werden konnte, in der Waldbrücke gewaltige Aufregung verursacht, und haben den Eindruck, dass sich dort viele Probleme überlagern. Wir regen daher an, dass sich Gemeinderat und Verwaltung unverzüglich in den Dialog mit der neugegründeten „Bürgergemeinschaft Waldbrücke“ begeben sollten. Vielleicht sind in diesem Kreis bereits konkrete Ideen vorhanden, was im Westteil unseres Ortes verbessert werden könnte.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister Scholz, als Fraktion, die gerade ein Sechstel der Sitze in diesem Gremium innehält, geben wir uns nicht der Illusion hin, dass alle unsere Zielsetzungen Ihre ungeteilte Freude und Zustimmung finden werden. Doch sicher ist eine Haushaltsrede der richtige Ort, um den Blick in die Zukunft zu richten und Ideen zu präsentieren, die keine großen finanziellen Mittel erfordern oder sogar noch helfen, Kosten einzusparen. Vor allem wollten wir in dieser Rede eines nicht: Ein Klagegedicht anstimmen, denn lamentiert wird in diesen Tagen ohnehin mehr als genug. Deshalb erinnern wir uns auch gerne – dies sei hier nur am Rande erwähnt – an den zurückliegenden Neujahrsempfang. Die für alle Bürger offene Veranstaltung hat vor allem eines bewiesen: Dass auch in einer wenig hoffnungsvollen Lage die Stimmung durchaus gut sein kann. Wir meinen, dass Sie, Herr Bürgermeister Scholz, und der Gewerbeverein den richtigen Rahmen gefunden haben, ein Jahr gemeinsam zu beginnen und in legerer Atmosphäre den Austausch über die Aussichten auf die nächsten zwölf Monate zu pflegen.

Eher als Signal für unsere Bereitschaft, in den kommenden Monat weiter am Konsolidierungskurs unserer Gemeindefinanzen mitzuarbeiten als aus der vollständigen Überzeugung, dass im Hinblick auf unsere Finanzen in den vergangenen Jahren stets das Richtige getan wurde, signalisieren wir unsere weitgehende Zustimmung zu dem vorliegenden Haushaltsplan und dem Wirtschaftsplan für die Wasserversorgung. Nicht mittragen können wir allerdings die vorgeschlagene Erhöhung der Kassenkreditlinie um 500.000 € auf 1,5 Mio €. Diese blieb während der gesamten Vorberatungen des Haushaltsplanes von Seiten der Verwaltung völlig unerwähnt und ist im Einzelplan 9 außerdem nicht gegenfinanziert. Daher beantragen wir eine separate Abstimmung über das 2003 gültige Limit. Wir würden es begrüßen, wenn auch Sie, Herr Bürgermeister Scholz, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Haushaltsplan von der erwähnten Ungereimtheit befreien könnten und beschließen unsere Stellungnahme mit dem Dank an die Verwaltung und an alle, die im vergangenen Jahr für die Gemeinde tätig waren.